

Verordnungs-Sammlung

f ü r d i e

Herzogl. Braunschweigischen Lande.

9^{ter} J a h r g a n g 1 8 2 2.



Braunschweig,

gedruckt in der Fürstlichen Waifenhaus : Buchdruckerei.

I.

I n h a l t

der

in dem 9^{ten} Jahrgange der Verordnungs-
Sammlung

be findlichen Nummern.

- I. (1) **V**erordnung, die Contribution von der Nahrung betreffend. D. D. Braunschweig, den 7ten Februar 1822.
- (2) Verordnung, die Classification der Papier-Fabrikanten bei Veranlagung der Gewerbesteuer betreffend. D. D. Braunschweig, den 5ten Februar 1822.
- II. (3a) Verordnung, die Declaration des Artikels 164 der Verordnung vom 29sten October 1821 wegen der Militärstrafen und Processe betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten Februar 1822.
- III. (3b) Verordnung, die Bestimmung einer peremptorischen Frist für die Einreichung der Personal- und Gewerbesteuer-Reclamationen betreffend. D. D. Braunschweig, den 22sten März 1822.
- IV. (4) Verordnung, die Herabsetzung der Ertrapost-, Courier- und Estaffetten-Taxe, auch nähere Bestimmungen über das Lohnfuhrwesen enthaltend. D. D. Braunschweig, den 1sten Mai 1822.
- V. (5) Verordnung, die diesjährige Feier des Sieges bei Waterloo betreffend. D. D. Braunschweig, den 27sten Mai 1822.
- VI. (7) Verordnung, das Verbot der Einführung fremden Salzes in den Wolfenbüttelschen und Schöning-

I n h a l t.

schen District betreffend. D. D. Braunschweig, den 29sten Julius 1822.

- (8) Bekanntmachung, die Vereinigung der früher besonders bestandenen Civil-Bedienten-Wittwen- und Waisen-Cassen für die Landesherrlichen und Landschaftlichen Bediente betreffend. D. D. Braunschweig, den 26sten Juli 1822.
- VII. (9) Verordnung, die von den Grundbesitzern hinsichtlich ihrer Ansprüche auf Exemption einzureichenden Declarationen betreffend. D. D. Braunschweig, den 20sten August 1822.
- VIII. (10) Bekanntmachung, die diesjährige Feier des Sieges bei Leipzig betreffend. D. D. Braunschweig, den 28sten September 1822.
- IX. (11) Verordnung, den Verkauf des Brannteweins auf dem Lande betreffend. D. D. Braunschweig, den 7ten October 1822.
- X. (12) Bekanntmachung, die Kurfürstlich-Hessischen neuen Biergutegroschen-Stücke betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten November 1822.
- XI. (13) Bekanntmachung, die unentgeltliche Verabfolgung der Verordnungs-Sammlung des Jahrs 1823 betreffend. D. D. Braunschweig, den 3ten December 1822.
- XII. (14) Declaration des §. 22. der Verordnung vom 5ten Mai 1815 das in Forststrassachen zu beobachtende Verfahren betreffend. D. D. Braunschweig, den 4ten December 1822.
- XIII. (15) Bekanntmachung, das zum Vorschein gekommene falsche hiesige Zehn-Thaler-Stück betreffend. D. D. Braunschweig, den 17ten December 1822.
- XIV. (16) Verordnung, die nochmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend. D. D. Braunschweig, den 27sten December 1822.

II.

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

zur

Verordnungs-Sammlung

des Jahres 1822.

	Seite
B ranntwein, Bestimmung der geringsten Quantität, in welcher derselbe bei den Brennereien auf dem Lande verkauft werden darf	29 — 30

C.

Civilbedienten = Wittwen = und Waisen = Cassen für die Landesherrlichen und Landschaftlichen Bedienten, Vereinigung derselben und Verwaltung von einer gemeinschaftlichen Deputation	21 — 22
--	---------

Contribution von der Nahrung und den Handwerken, Wiedereinführung derselben gegen Befreiung von Gewerbesteuer, mit Ausnahme der im 12ten Abschnitte des Contributionsfußes enthaltenen Ansätze	1 — 3
--	-------

Courier-Taxe, Herabsetzung derselben	9 — 10
--	--------

D:

Declaration des J. 22. vom 5ten Mai 1815 über das in Forststrassachen zu beobachtende Verfahren	35 — 37
— des Art. 164. der Verordnung vom 29sten	

October 1821 wegen der Militairstrafen und Proceffe	5 — 6
--	-------

E.

Estaffetten-Laxe, Herabsetzung derselben . .	9 — 10
Extrapost-Laxe, Herabsetzung derselben . .	9 — 10

F.

Feier, diesjährige des Sieges bei Leipzig . . .	27 — 28
— — — — — Waterloo . . .	15 — 16
Forststrassachen, Declaration des §. 22. der Ver- ordnung vom 5ten Mai 1815, das in densel- ben zu beobachtende Verfahren betreffend, hin- sichtlich der von den Forstfrevlern auf die zu leistende Strafarbeit zu verwendende Zeit und dabei zu gebrauchenden Werkzeuge, auch der ihnen anzuweisenden Arbeitsplätze . . .	35 — 37

G.

Gewerbe-Steuer-Reclamationen, s. Reclama- tionen.	
--	--

H.

Handwerke, Wiedereinführung der Contribution von denselben	1 — 3
Hypotheken, abermalige Verlängerung der zur An- meldung derselben bestimmten Frist bis zum 31sten December 1823	43 — 44

K.

Kurhessische neue Biergutegroschenstücke, die Nicht- annahme derselben bei den herrschaftlichen Cas- sen und deren innerer Gehalt	51 — 52
---	---------

R e g i s t e r.

VII

L.

Seite.

Landschaftliche Bediente, Vereinigung der früher für dieselben und für die Landesherrlichen Civilbedienten besonders bestandenen Wittwen- und Waisen-Cassen	21 — 22
Leipzig, die diesjährige Feier des daselbst errungenen Sieges	27 — 28
Lohnfuhrwesen, nähere Bestimmungen über dasselbe	10 — 14

M.

Militairstrafen und Processe, Declaration des Art. 164. der dieselben betreffenden Verordnung vom 29sten October 1821	5 — 6
---	-------

N.

Nahrung, Wiedereinführung der Contribution von derselben	1 — 3
--	-------

O.

Officiere, Abzüge von den Tractamenten der Staats-Officiere, s. Staats-Officiere.	
---	--

P.

Papierfabricanten, die Classification derselben bei Veranlagung der Gewerbesteuer	3 — 4
Personal-Steuer-Reclamation, s. Reclamationen.	

R.

Reclamationen, Bestimmung einer peremptorischen Frist für die Einreichung der gegen die Ansätze der Personal- und Gewerbesteuer beabsichtigten	7 — 8
--	-------

S.

Salz, fremdes, das Verbot der Einführung desselben in den Wolfenbüttelschen und Schöning-	
---	--

schen District und die Bedingungen, unter welchen die Durchfuhr desselben durch hiesige Landesheile gestattet bleiben soll	Seite. 17 — 21
Staabs-Officiere, Declaration, daß die in dem 123sten Kriegsartikel enthaltene Disposition, wonach die Abzüge von dem Tractamente derselben bis auf die Hälfte des Betrags erstreckt werden können, ungeachtet solche im 164sten Art. der Verordnung wegen der Militairstrafen und Proceße nicht erwähnt worden, als bestehend zu betrachten sey	5 — 6
Steuerfreiheit, die von den Grundbesitzern hinsichtlich ihrer Ansprüche auf Entschädigung für dieselbe einzureichenden Declarationen	23 — 26

B.

Verordnungs-Sammlung, die des Jahrs, 1823, unentgeltliche Verabfolgung desselben	33 — 34
--	---------

W.

Waterloo, diesjährige Feier des daselbst errungenen Sieges	15 — 16.
Wittwen- und Waisen-Cassen, Vereinigung der für die Landesherrlichen und Landschaftlichen Civilbedienten früher besonders bestandenen	21 — 22

Z.

Zehnthaler-Stück, das zum Vorschein gekommene falsche hiesige	39 — 41
---	---------

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 1.

D. D. Braunschweig, den 12ten Februar 1822.

- (1.) Verordnung, die Contribution von der Nahrung betreffend. D. D. Braunschweig, den 7ten Febr. 1822.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Demnach durch die Verordnung vom 29sten October v. J., die modificirte Gewerbe- und Gilde-Ordnung betreffend, eine solche Einrichtung vorbereitet worden, durch welche die Hindernisse gehoben werden, weshalb in Ansehung der Gewerbetreibenden auf dem Lande die vor dem Jahre 1806 bestandene Verfassung in Ansehung der Contribution, bei der durch die Verordnung vom 31sten März 1817 geschehenen Wiedereinführung dieser alten und für den Zustand der hiesigen Lande bewährt gefundenen Abgabe, noch nicht wieder hergestellt werden konnte, so wollen Wir keinen weitem Anstand nehmen, auch in diesem Stücke die frühere Verfassung thunlichst herzustellen und verordnen demnach, in Uebereinkunft und mit Ein-

willigung der Landstände des Herzogthums, hiedurch Folgendes:

§. 1.

Vom 1sten Januar d. J. angerechnet, soll die Contribution von der Nahrung und den Handwerken, nach Anleitung des 10ten und 11ten Abschnittes des Contributionsfußes, und in demselben Verhältnisse wieder entrichtet werden, wie solche im Jahre 1806 bestand.

§. 2.

Dagegen sind alle diejenigen, welche solchergestalt wieder zu der Contribution herbeigezogen werden, von der Entrichtung der Gewerbesteuer, welche kraft der Verordnung vom 29sten October v. J. in beschränkter Maße beibehalten worden, befreiet, auch selbst in dem Falle, wenn sie in den Gildeverband nicht eintreten würden, und ist daher die für diesen Fall verordnete Beibehaltung der Gewerbesteuer nur auf diejenigen Gewerbetreibenden anwendlich, welche zur Contribution in Gemäßheit der wiederhergestellten Verfassung nicht herbeigezogen werden können.

§. 3.

Weil aber der 12te Abschnitt des Contributionsfußes eine Personensteuer enthält, und die allgemeine Personensteuer durch Unsere Verordnung vom 29sten October v. J. beibehalten worden, so sollen die im 12ten Abschnitte des Contributionsfußes enthaltenen Ansätze von den Häuslingen auch für jetzt fernerweit nicht erhoben werden, vielmehr bleibt es in Hinsicht dieser bei der Verfügung des §. 7. der Verordnung vom 31sten März 1817, welcher mithin nur in Ansehung des 10ten und 11ten Abschnittes des Contributionsfußes hiedurch aufgehoben wird.

§. 4.

Sämmtliche Landeseinwohner und Behörden haben sich hienach, so viel solches einen Jeden betrifft, gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten
Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 7^{ten} Februar 1822.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldorf.

v. Schleinitz.

- (2.) Verordnung, die Classification der Papier-Fabrikanten
bei Veranlagung der Gewerbesteuer betreffend. D.
D. Braunschweig, den 5ten Februar 1822.

GEORG der Vierte, von Gottes Gna-
den König des vereinigten Reichs Großbri-
tannien und Irland, auch König von Han-
nover, Herzog zu Braunschweig und Lüne-
burg &c. In vormundtschaftlicher Regierung
Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl,
Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Da in dem der Verordnung vom 29sten October v.
J., die Gewerbesteuer betreffend, beigefügten Tarif die
Papiermüller, welche 6000 Ries Papier und darüber jähr-
lich verfertigen, mit 6 Thlr. bis 15 Thlr. und diejenigen,
welche unter 6000 Ries jährlich fabriciren, mit 2 Thlr.
bis 6 Thlr. zur Gewerbesteuer angesetzt worden, dieses

jedoch auf einem Irrthume beruhet, und der Unterscheidungsfaß hinsichtlich der von den Papiermüllern zu entrichtenden Gewerbesteuer sich nicht auf das vorermähnte Quantum von 6000 Rieß, sondern vielmehr in derselben Art, wie es darunter bisher gehalten worden, auch ferner nur auf 600 Rieß belaufen soll, dergestalt, daß diejenigen Papiermüller, welche Sechshundert Rieß Papier und darüber jährlich fabriciren, 6 bis 15 Thlr., diejenigen aber, welche unter Sechshundert Rieß jährlich anfertigen, 2 bis 6 Thlr. an Gewerbesteuer zu erlegen haben, so wird obige Bestimmung hiemit in solcher Maße berichtigt, und haben sich das Landes-Steuer-Collegium, so wie sämtliche Behörden und ein Jeder, den es betrifft, hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 5ten Februar 1822.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldorf.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 2.

D. D. Braunschweig, den 15ten Februar 1822.

- (3.) Verordnung, die Declaration des Artikels 164. der Verordnung vom 29sten October 1821 wegen der Militairstrafen und Processen betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten Februar 1822.

Wir **GEORG** der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

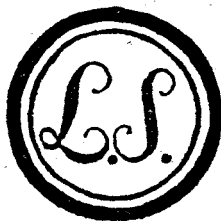
Da der in dem 123sten Artikel Unserer Verordnung vom 20sten October v. J., die Kriegsartikel betreffend, hinsichtlich der wegen ausgeklagter Schulden von dem Solde der Officiere gestatteten Abzüge gemachte Unterschied zwischen Staats- und andern Officieren in dem 164sten Artikel Unserer Verordnung vom 29sten ejusdem, die Mi-

U. t. e. l. i. n. d.

litairstrafen und Proceſſe betreffend, nicht aufgenommen, ſondern darin nur im Allgemeinen des Abzuges vom Gehalte bis zu einem Drittel gedacht iſt, hieraus aber Zweifel bei der Anwendung dieſer geſetzlichen Beſtimmungen entſtehen können; ſo finden Wir Uns veranlaßt, hiemit ausdrücklich zu declariren, daß die in dem vorangezogenen 123ſten Kriegsartikel enthaltene Diſpoſition, monach die Abzüge von dem Tractamente der Staabs-Officiere bis auf die Hälfte des Betrages erſtreckt werden können, ungeachtet ſolche in dem oben angeführten 164ſten Artikel der Verordnung, die Militairſtrafen und Proceſſe betreffend, nicht wiederholt worden, allerdings als beſtehend zu betrachten, und von den Gerichten danach zu erkennen ſei.

Urkundlich Unſerer Unterſchrift und beigedruckten Fürſtl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunſchweig, den 9^{ten} Februar 1822.



Auf Allerhöchſten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phifeldeck.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 3.

D. D. Braunschweig, den 29sten März 1822.

(3.) Verordnung, die Bestimmung einer peremptorischen Frist für die Einreichung der Personal- und Gewerbesteuer-Reclamationen betreffend. D. D. Braunschweig, den 22sten März 1822.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Da die Ordnung im Steuerwesen es erfordert, daß die etwanigen Reclamationen gegen die Ansätze zu der Personalsteuer binnen einer bestimmten peremptorischen Frist vorgebracht werden, so wollen Wir damit verordnen, daß alle dergleichen Reclamationen jedesmal binnen Vier Wochen nach der den Steuerpflichtigen geschehenen Bekanntmachung ihres Steuerbetrages bei der Behörde ein-

Ad. Linder

gereicht, nach Ablauf dieser Frist aber überall nicht mehr zugelassen werden sollen.

Ein gleiches Präjudiz soll auch hinsichtlich der in dem §. 23 der Verordnung vom 29sten October v. J., die Gewerbesteuer betreffend, bestimmten vierwöchigen Reclamationsfrist statt finden, und haben sich das Landessteuer-Collegium, so wie sämtliche Behörden und ein Jeder, den es angeht, hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 22sten März 1822.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special = Befehl.

Graf v. Alvensleben:

v. Schmidt = Phiseldorf.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 4.

D. D. Braunschweig, den 10ten Mai 1822.

- (4.) Verordnung, die Herabsetzung der Extrapost-, Courier- und Estaffetten-Taxe, auch nähere Bestimmungen über das Lohnfuhrwesen enthaltend. D. D. Braunschweig, den 1sten Mai 1822.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Da Wir es dem jetzigen niedrigen Stande der Getreide-Preise angemessen finden, die mittelst der Verordnung vom 12ten Februar 1814. bis auf weitere Bestimmung festgesetzte Extrapost- Courier- und Estaffetten-Taxe zu einem, jenen Preisen angemessenen Betrage herabzusetzen, so verordnen Wir hiemit, daß vom 1sten Juni dieses Jahres an, bis auf anderweite Verfügung, auf

sämmtlichen Post-Stationen in den Herzoglich Braunschweigischen Landen für ein Extrapost-Pferd auf jede Meile statt der bisherigen 10 Ggr. nur Acht Gute-groschen, und für ein Courier- oder Estaffetten-Pferd auf jede Meile statt der bisherigen 14 Ggr. nur Zwölf Gute-groschen genommen werden, dabei aber die übrigen, in der gedachten Verordnung für Trinkgelder der Postillions und Wagenmeister enthaltenen Ansätze unverändert beibehalten werden sollen.

Um aber auch zugleich die an den Stations-Orten angenommenen Extrapost-Fuhrleute, welche zu jeder Jahres- und Tages-Zeit und gegen die in Obigem bestimmten Preise die Reisenden zu befördern gehalten sind, vor den Beeinträchtigungen anderer Fuhrleute gehörig zu verwahren, ohne dabei die Bequemlichkeit und die freie Wahl des Publicums zwischen den ersteren und den letzteren mehr, als in der eben gedachten Rücksicht durchaus erforderlich, zu beschränken, finden Wir Uns bewogen, die Verordnungen vom 6ten Mai 1779 und vom 22sten Januar 1790, das Extrapostwesen betreffend, in den hierauf Bezug habenden Puncten näher zu erklären und zu modificiren, und verordnen Wir demnach hiedurch Folgendes:

1.) Nur diejenigen in den hiesigen Landen wohnhaften Personen, welche in Gemäßheit der Verordnung

vom 29sten October vorigen Jahres gehörige Gewerbescheine erhalten haben, sind zur Ausübung des Gewerbes eines Lohnkutschers, neben den Extrapost = Fuhrleuten, berechtigt.

2.) Wenn dieselben dieses Gewerbe an einem Orte, wo eine Extrapost-Station befindlich, betreiben und eine Fuhr nach einem andern Orte, gleichviel ob an demselben eine Station sey oder nicht, übernehmen, so müssen sie dazu bei dem Postamte ihres Wohnortes einen Post-Passierschein lösen; dieser wird ihnen, wenn die Fuhr nicht weiter als eine Meile von dem Abfahrtsorte geht, unentgeltlich ertheilt; wenn sie aber eine Fuhr, die weiter als eine Meile geht, übernehmen, so haben sie für die Erhaltung des Post-Passierscheines Einen Gutengroschen von einem jeden Pferde für eine jede Meile zu bezahlen, und sind verbunden, diesen Schein auf einer jeden Post-Station, die sie auf ihrer Reise passiren, gegen gleiche Bezahlung zu erneuern.

3.) Lohnfuhrleute, welche an einem Orte ihr Gewerbe treiben, wo keine Station ist, können nach einem jeden andern Orte, und selbst bis zu einem Stations-Orte fahren und von da wieder nach ihrem Wohnorte zurückkehren, ohne eines Post-Passierscheines zu bedürfen; wenn dieselben aber auf ihrer Fahrt einen Stations-Ort passiren, oder von demselben andere Personen, als welche sie

dahin gebracht, zurückfahren, so sind sie zur Lösung eines Passierscheins gegen die unter No. 2 bestimmte Gebühr gehalten.

4.) Das Umfahren einer Post-Station, welche auf dem Wege, den der Lohnfuhrmann zu seiner Bestimmung zu fahren hat, belegen, ist bei der weiter unten bestimmten Strafe verboten.

5.) Reisende, ohne Unterschied ob dieselben Einländer oder Ausländer, welche mit der ordinären Post oder mit Extrapost-Pferden an einem Stations-Orte angekommen, dürfen von Lohnfuhrleuten nur dann weiter befördert werden, wenn sie sich zum wenigsten 24 Stunden nach ihrer Ankunft an dem Stations-Orte aufgehalten haben.

6.) Auswärtige, mit einem Gewerbescheine nicht versehene Lohnkutscher dürfen das Gewerbe als solche in den hiesigen Landen nicht betreiben, und daher

a. nicht mit leeren Wagen in das hiesige Land kommen, um Reisende abzuholen oder aufzusuchen;

b. wenn sie Reisende an einen hiesigen Ort gebracht haben, so dürfen sie dieselben, wenn sie dazu gleich anfänglich gedungen worden, zwar weiter oder auch zurückfahren; für andere Reisende aber dürfen sie nur eine Fuhr, welche auf dem Rückwege nach ihrer, der Lohnkutscher, Heimath belegen, nicht aber

nach einer andern Richtung hin, annehmen und auch dieses nur unter der Voraussetzung, daß sie sich nicht länger als drei Tage an dem Orte, von wo aus sie diese Rückfuhr unternehmen, aufgehalten haben; bei einem längeren Aufenthalte ist ihnen überall nicht gestattet, Rückfuhren zu contrahiren, sondern sie müssen alsdann leer zurückfahren.

c. Bei den ihnen folchergestalt nachgelassenen Fuhren sind sie der Lösung von Post-Passierscheinen gegen dieselbe Gebühr und unter denselben Bestimmungen, wie die einländischen Lohnkutscher, unterworfen.

d. Spazierfahrten oder sonstige kleine Fuhren von einem Orte in den hiesigen Landen aus für Andere, als diejenigen Reisenden, welche sie dahin gebracht, zu übernehmen, ist den auswärtigen Lohnkutschern gänzlich untersagt.

7.) Die Uebertretung der in den vorstehenden Nummern enthaltenen Vorschriften und Verbote soll mit einer Strafe von Zehn Thaler für jeden Contraventionsfall belegt und von dieser Strafe ein Drittel dem Denuncianten und ein Drittel der benachtheiligten Post-Station zugebilligt, das übrige ein Drittel aber zu der Fürsil. Postcasse berechnet werden.

Die Untersuchung und Bestrafung solcher Contraventionen geschieht von den competenten Gerichten auf dem

Wege des gewöhnlichen Untersuchungs-Processes, und wird den Gerichten dabei die thunlichste Beschleunigung zur Pflicht gemacht.

8.) Während des beiden Messen, jedoch nur für die ordnungsmäßige Dauer derselben, sind die unter den Nummern 5 und 6 a und b enthaltenen Beschränkungen des Lohnfuhrwesens für die Stadt Braunschweig außer Kraft; alle übrigen Bestimmungen dieser Verordnung aber bleiben auch während dieser Zeit in voller Wirksamkeit.

Die Fürstl. Post-Direction und sämtliche Post-Officianten, so wie auch alle gerichtliche und polizeiliche Behörden und ein Jeder, den es betrifft, haben sich hienach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 1sten Mai 1822.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt = Phiseldorff.

v. Schleinitz.

Verordnungs - Sammlung.

N^{ro}.

D. D. Braunschweig, den 4ten Juni 1822.

(5.) Verordnung, die diesjährige Feier des Sieges bei Waterloo betreffend. D. D. Braunschweig, den 27sten Mai 1822.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Der am 18ten Junius d. J. wiederkehrende Jahrestag der Schlacht bei Waterloo erneuert das Andenken an den durch dieselbe erfochtenen Sieg und an dessen beglückende Folgen für Deutschland.

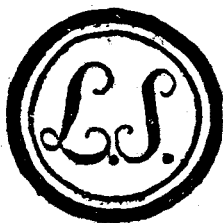
Um solches würdig zu feiern und die Bewohner des hiesigen Landes zum öffentlichen Danke gegen die Vorsehung dafür auch in diesem Jahre auf das Neue zu veranlassen, soll am 23sten des künftigen Monats, als an dem auf den Jahrestag jenes glorreichen Sieges zunächst

folgenden Sonntage, am Schlusse des vormittäglichen Gottesdienstes das Danklied: „Herr Gott dich loben wir“ in allen Kirchen des hiesigen Landes wiederum gesungen werden.

Sämmtliche Prediger haben sich hienach zu achten und das Nöthige dieserhalb zu besorgen und werden sie auch ohne Unsere besondere Aufforderung von der Feier des Andenkens an jenes denkwürdige Ereigniß Gelegenheit nehmen, um bei den versammelten Gemeinen die Gefinnungen der Ergebung und des Dankgefühles gegen die göttliche Vorsehung zu erneuern und zu stärken.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Sanzlei-Siegels.

Braunschweig, den 27^{ten} Mai 1822.



Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

v. Schmidt-Phiseldorf.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 6.

D. D. Braunschweig, den 6ten August 1822.

- (7.) Verordnung, das Verbot der Einführung fremden Salzes in den Wolfenbüttelschen und Schöningischen District betreffend. D. D. Braunschweig, den 29sten Julii 1822.

Wir *GEORG* der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unfers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Obwohl der Wolfenbüttelsche und Schöningische District hiesiger Lande aus den Landesherrlichen Salinen mit dem Bedürfniß an Salze hinreichend versehen werden kann, und bestehenden Einrichtungen zufolge die Bewohner dieser Districte allenthalben das Erforderniß sehr leicht erhalten können, und dem zufolge schon längst die Ein-

fuhr und der Debit ausländischen Salzes, auch desjenigen, welches in Salzliebenhalle bei Salzgitter gefertigt wird, bei namhafter Strafe verboten gewesen, so machen doch vielfache Anzeigen es wahrscheinlich, daß entweder die desfalls früher bestandenen und nicht aufgehobenen Verordnungen außer Andenken gekommen seyen, oder selbigen demungeachtet entgegen gehandelt werde.

Es wird daher erforderlich, solche zu erneuern und verordnen Wir demnach hiedurch folgendes:

§. 1.

Die Einfuhr und der Debit alles ausländischen Salzes, einschließlic des Salzgitterschen, ist und bleibt ohne Ausnahme in dem Wolfenbüttelschen und Schöninghschen Districte des hiesigen Herzogthumes verboten, und sind demnach in dieses Verbot auch diejenigen Ortschaften am linken Ufer der Oker mit einbegriffen, in welche das Einführen des Salzes bislang aus besondern, anjest hinwegfallenden, Gründen gestattet gewesen.

§. 2.

Nur allein die Fürstl. Cammer hat das Recht, im Falle eines etwa unverhofft eintretenden Bedürfnisses, ausländisches und namentlich Salzgittersches Salz anzukaufen und in den unter ihrer Aufsicht stehenden Factoreien debitiren zu lassen.

§. 3.

Derjenige, welcher diesem zuwider handelt, soll nicht

nur in Gemäßheit der Verordnung vom 5ten October 1775 mit der Confiscation des Salzes, sondern auch der Transportmittel desselben, mithin der Pferde und Wagen und sonstiger Transportmittel und Gefäße, worin solches befindlich, unnachsichtlich bestraft werden.

§. 4.

Die Durchfuhr ausländischen Salzes durch hiesige Landestheile bleibt zwar noch fernerweit gestattet. Jedoch muß auf dem Begleitscheine die Route, welche durch die hiesigen Lande zu nehmen ist, bestimmt bezeichnet seyn, und soll derjenige, welcher ohne solchen eine bestimmte Route enthaltenden Begleitschein oder aber, wenn er damit versehen, außerhalb dem darin vorgeschriebenen Wege mit ausländischem Salze betroffen wird, schon um deswillen als Contravenient gegen die gegenwärtige Verordnung angesehen und als solcher bestraft werden.

§. 5.

Derjenige, welcher eine Contravention gegen diese Verordnung dergestalt zur Anzeige bringt, daß der Uebertreter zur gerichtlichen Verfolgung und Bestrafung gebracht werden kann, erhält den dritten Theil des Werthes der zu confiscirenden Gegenstände.

§. 6.

Diese Verordnung tritt in allen übrigen Theilen der

Districte von Wolfenbüttel und Schöningen sogleich, nach Anleitung der Verordnung vom 5ten Januar 1814, in Wirksamkeit.

Nur in den am linken Ufer der Oker gelegenen Ortschaften soll, wenn fremde Salzführer sich daselbst einfinden, solchen zwar der Debit nicht gestattet, jedoch sollen solche innerhalb 14 Tagen noch nicht zur Bestrafung gezogen, sondern mit ihrer Ladung lediglich über die Gränze zurückgewiesen werden. Nach Verlauf selbiger 14 Tage aber soll auch in diesen Ortschaften nach gegenwärtiger Verordnung unnachsichtlich verfahren werden.

§. 7.

Auf die übrigen Landestheile außer dem Wolfenbüttelschen und Schöningischen Districte ist diese Verordnung nicht anwendlich und bleibt es daselbst bei den bestehenden Einrichtungen, insofern nicht selbige durch besondere Verfügungen demnächst Abänderungen erleiden sollten.

§. 8.

Sämmtliche Landeseinwohner und wen dieses sonst angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten, und besonders auch die Gerichte die etwa bei ihnen angebrachten Anzeigen von Contraventionen gegen diese Verordnung schleunigst zu untersuchen und darüber zu erkennen, damit solchergestalt auch ihrer Seits zur kräftigen Vollziehung dieser Verordnung möglichst mitgewirkt werde.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 29sten Julii 1822.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special = Befehl.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt = Phiseldorf. v. Schleinitz.

- (8.) Bekanntmachung, die Vereinigung der früher besonders
bestandenen Civil = Bedienten = Wittwen = und Waisen =
Cassen für die Landesherrlichen und Landschaftlichen
Bediente betreffend. D. D. Braunschweig, den 26sten
Julii 1822,

Demnach in Gemäßheit einer mit der löblichen Land =
schaft getroffenen Verabredung, die früher besonders
bestandenen Civil = Bedienten = Wittwen = und Waisen =
Cassen für die Landesherrlichen und Landschaftlichen
Bediente nunmehr vereinigt und nach gleichen Grundsätzen
von einer gemeinschaftlichen Civil = Bedienten = Wittwen = und
Waisen = Cassen = Deputation verwaltet werden sollen, und
solche Deputation mit dem 1sten October d. J. in Wirk =
samkeit treten wird; so wird solches hiedurch zur allge =

meinen Kenntniß gebracht und haben sich daher diejenigen, welche in den betreffenden Angelegenheiten etwas vorzutragen haben, von dem vorgedachten Zeitpuncte an, an jene Deputation zu wenden.

Braunschweig, den 26^{ten} Julii 1822.

Fürstlich Braunschweig = Lüneburgisches
Geheime = Raths = Collegium.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt = Phiseldorff.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 7.

D. D. Braunschweig, den 30sten August 1822.

- (9.) Verordnung, die von den Grundbesitzern hinsichtlich ihrer Ansprüche auf Exemption einzureichenden Declarationen betreffend. D. D. Braunschweig, den 20sten August 1822.

G E O R G der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Veters, Herrn Carl Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Da es zur Ausführung der in der Verordnung vom 29sten October v. J. wegen der Ausgleichung der öffentlichen Abgaben enthaltenen Bestimmungen erforderlich ist, eine vollständige Uebersicht der den Grundbesitzern zustehenden Ansprüche auf Entschädigung für die ihnen früher zugestandene Steuerfreiheit binnen einem bestimmten Zeitraume zu erhalten, so haben sämtliche Grundbesitzer, deren Grundstücke bisher zur Contribution nicht herange-

Abgeschlossen

zogen und entweder ganz mit Steuern übersehen, oder nur mit der Exemtensteuer belegt worden, wenn sie auf Entschädigung wegen ihrer bisherigen Steuerfreiheit, nach Anleitung der obangezogenen Verordnung, Ansprüche zu haben vermeinen, solche Ansprüche mittelst vollständiger Bezeichnung der für befreiet ausgegebenen Objecte, nach ihrer Größe, Art, Lage und Berechtigungen, und den Grund, aus welchem sie für die bisherige Steuerfreiheit sich zu einer Entschädigung berechtigt erachten, binnen Sechs Monaten, vom Tage der Publikation der gegenwärtigen Verordnung angerechnet, bei dem Landessteuer-Collegio an- und auszuführen, unter der Verwarnung, daß sie nach Ablauf dieser Frist mit ihren Ansprüchen an vorgedachte Entschädigung nicht ferner gehört, sondern ihre Grundstücke, insofern solche bislang übersehen worden, ohne weiteres zur Leistung der auf andern Grundstücken ähnlicher Art haftenden Abgaben gezogen werden sollen.

Damit auch über diejenigen Grundstücke, wegen welcher auf Entschädigung angetragen wird, kein Zweifel übrig bleibe, und überall das Landessteuer-Collegium um so gewisser zur vollständigen Beurtheilung der Sache in den Stand gesetzt werde, haben diejenigen, welche solchergestalt ihre Ansprüche geltend machen wollen:

- 1.) bei früher befreiet gewesenen Gütern, auch neben deren exemten Zubehörungen, die damit verbundenen contribuablen Parzellen anzuführen, so wie die Nebengehöfte,

als Vorwerke, Krüge, Häuslings- und Deputatisten-Häuser, Schmieden, Försterwohnungen u. s. w. besonders zu specificiren;

2.) von den exemten Ländereien anzugeben, ob sie lehn-, meier-, zins-, zehnt- und dienstpflichtig sind oder nicht;

3.) bei Wiesen deren Qualität, ob sie ein- oder zweihauig sind, so wie deren Größe und Ertrag nach Fudern, zu bezeichnen;

4.) von Holzungen den Durchschnitts-Ertrag, und wo solche mit einem Landgute verbunden, ob der eigene Bedarf, oder überdem zum Verkaufe daraus erfolge, anzuführen und

5.) die Stückzahl Vieh bei einem früher exemten Gute nach einem zehnjährigen Durchschnitte, so wie

6.) die damit verbundene Weideberechtigung, je nachdem sie in Koppelführung oder in Privatängern und Hudekämpen besteht, bestimmt anzugeben.

Auf diejenigen Grundbesitzer, welche der von dem Landessteuer-Collegio unterm 27sten April d. J. erlassenen Aufforderung zur Declaration ihrer eximirt gewesenen Besitzungen bereits Genüge geleistet haben, ist übrigens die gegenwärtige Verordnung nicht anwendlich, und werden solche von einer wiederholten Declaration hiedurch befreiet, vorbehältlich jedoch aller derjenigen Erläuterungen und Aufklärungen, welche das Landessteuer-Collegium etwa

zur gründlichen Beurtheilung ihrer Ansprüche noch nachträglich zu verlangen sich veranlaßt finden möchte.

Sämmtliche Grundbesitzer und Behörden, namentlich das Landessteuer-Collegium, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 20sten August 1822.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt-Phiseldorf. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 8.

D. D. Braunschweig, den 4ten October 1822.

- (10.) Bekanntmachung, die diesjährige Feier des Sieges bei Leipzig betreffend. D. D. Braunschweig, den 28sten September 1822.

In der bevorstehenden Wiederkehr des denkwürdigen Tages, an welchem vor neun Jahren durch den glorreichen Sieg der verbündeten Heere bei Leipzig die Freiheit und Selbstständigkeit des gemeinschaftlichen Deutschen Vaterlandes wiederum errungen und neu begründet wurde, bietet sich eine abermalige Veranlassung dar, der göttlichen Vorsehung für die segensreichen Folgen dieses wichtigen Ereignisses würdig zu danken. Zur Erneuerung des Andenkens an dasselbe soll daher auch in den hiesigen Landen am 20sten October d. J., als an dem auf den 18ten October zunächst folgenden Sonntage, in sämtlichen Kirchen bei dem Schlusse des Vormittagsgottesdienstes ein feierliches Te Deum gesungen werden, und wird die gesammte Geistlichkeit, welche hienach sich zu achten und das solcherhalb Erforderliche zu besorgen hat, auch ohne Unsere besondere Aufforderung nicht verfehlen, die

versammelten Gemeinden, unter angemessener Hinweisung auf den wichtigen Zweck dieser religiösen Siegesfeier, zu den Gefinnungen des Dankes gegen die göttliche Vorsehung aufs neue zu erwecken.

Braunschweig, den 28sten September 1822.

Fürstlich Braunschweig = Lüneburgisches
Geheime = Raths = Collegium.

v. Schmidt = Phiseldorf.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 9.

D. D. Braunschweig, den 15ten October 1822.

- (11.) Verordnung, den Verkauf des Brannteweins auf dem Lande betreffend. D. D. Braunschweig, den 7ten October 1822.

GEORG der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Es ist Uns vorgestellt worden, daß das in der Verordnung vom 22sten Mai 1775 enthaltene Verbot des Verkaufs des Brannteweins bei den Brennereien auf dem Lande in Quantitäten unter zehn Stübchen, eine, dem gegenwärtigen Zustande der einländischen Branntwein-Fabrikation im Allgemeinen und auch der durch die Verordnung vom 29sten October v. J. den Branntwein-

Fabrikanten gestatteten Handelsbefugniß, nicht mehr angemessene Beschränkung enthalte. Da jedoch auf der andern Seite der Verkauf des Brannteweins bei den Brennereien auf dem Lande nicht in eine Schenkewirthschaft ausarten darf, so finden Wir Uns bewogen, hiedurch zu verordnen, daß von jetzt an die geringste Quantität, in welcher bei den Brennereien auf dem Lande der Branntewein verkauft werden darf, Ein Stübchen oder Vier Quartier betragen solle und bleibt übrigens die, in der Verordnung vom 22sten Mai 1775, festgesetzte Contraventions-Strafe, nemlich Confiscation des in einer geringern Quantität verkauften Brannteweins nebst Erlegung einer dessen Werthe gleichen Geldstrafe, auch für die gegenwärtige modificirte Bestimmung beibehalten.

Sämmtliche Behörden und ein Jeder, den es betrifft, haben sich hienach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 7ten October 1822.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special = Befehl.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt = Phiseldorf.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 10.

D. D. Braunschweig, den 22sten November 1822.

- (12.) Bekanntmachung, die Churfürstlich Hessischen neuen Biergutegroschen-Stücke betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten November 1822.

Da befunden worden, daß die in Umlauf gekommenen neuen Churfürstlich Hessischen Biergutegroschen-Stücke, welche keine Angabe ihres inneren Gehaltes enthalten, nicht nach dem Conventions-Fuße, sondern nach demselben geringeren Münzfuße ausgeprägt sind, als die in der Bekanntmachung vom 10ten April 1820 bezeichneten neuen Hessischen Ein-Thaler- und Einhalbe-Thaler-Stücke; so sind die gedachten Biergutegroschen-Stücke bei den herrschaftlichen Cassen überall nicht anzunehmen und wird das Publikum zugleich benachrichtigt, daß diese Münzen, nach der damit vorgenommenen Prüfung, an innerem Gehalte nur 3 Ggr. 9 $\frac{3}{5}$ Pf. Conventions-

Münze werth seyen, mithin ohne Nachtheil nicht höher angenommen werden können.

Braunschweig, den 15ten November 1822.

Fürstlich Braunschweig = Lüneburgisches
Geheime = Rathß = Collegium.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt = Phiselfeck. v. Schleinitz.

Verordnungs = Sammlung.

N^{ro.} 11.

D. D. Braunschweig, den 10ten December 1822.

- (13.) Bekanntmachung, die unentgeltliche Verabfolgung der Verordnungs = Sammlung des Jahrs 1823 betreffend. D. D. Braunschweig, den 3ten December 1822.

Da aus denselben Gründen, welche die Bekanntmachungen vom 11ten December 1817 und 24sten Januar 1820 veranlaßt haben, allen denjenigen, welche die bisherigen Jahrgänge der Verordnungs = Sammlung gehalten und bezahlt haben, oder dieselben sich noch anschaffen, der Jahrgang 1823 dieser Sammlung unentgeltlich verabfolgt werden, dagegen aber diejenigen, welche erst von dem künftigen Jahre an auf die gedachte Sammlung pränumeriren, dafür den durch die Verordnung vom 5ten Januar 1814 festgesetzten Preis zu bezahlen gehalten bleiben sollen, und dieserhalb die erforder-

derlichen Verfügungen getroffen worden sind, so wird solches hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Braunschweig, den 3ten December 1822.

Fürstlich Braunschweig = Lüneburgisches
Geheime = Raths = Collegium.

v. Schmidt, Phiseldorf. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 12.

D. D. Braunschweig, den 20sten December 1822.

- (14.) Declaration des §. 22 der Verordnung vom 5ten Mai 1815 das in Forststrassachen zu beobachtende Verfahren betreffend. D. D. Braunschweig, den 4ten December 1822.

GEORG der Vierte, von Gottes Gna,
den König des vereinigten Reichs Großbrit-
tannien und Irland, auch König von Han-
nover, Herzog zu Braunschweig und Lüne-
burg &c. In vormundtschaftlicher Regierung
Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl
Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg. &c.

Demnach Uns vorgetragen worden, daß in Hinsicht
des gegen die auf den Grund der Verordnung vom 5ten
Mai 1815 §. 22. zu Strafarbeiten verurtheilten Forstfrevler
zu beobachtenden Verfahrens und insonderheit der bei Lei-
stung solcher Strafarbeiten darauf zu verwendenden Zeit
und dabei zu gebrauchenden Werkzeuge Zweifel entstanden
sind, so finden Wir, zu Beseitigung derselben, Uns ver-

anlaßt, die vorangezogene Verordnung durch nachstehende nähere Bestimmungen zu declariren und zu vervollständigen.

§. 1.

Die zu Strafarbeiten condemnirten Forstfrevler sind in Ansehung der in den Forsten oder bei dem Bergbau zu verrichtenden Arbeiten den Tagelöhnern gleich zu achten, und daher schuldig, die volle Zahl der zu jeder Jahreszeit üblichen Arbeitsstunden zu leisten und solche vom Anfange des Morgens bis zum Abend pünktlich abzuwarten.

§. 2.

Es sollen die Arbeitsplätze zwar, insoweit es ohne Nachtheil für die anzuordnenden Arbeiten thunlich ist, den Sträflingen in der Nähe ihrer Wohnörter angewiesen werden, dieselben dürfen sich aber nicht weigern, auf Erfordern nach entfernteren Arbeitsplätzen zu gehen, um die daselbst nöthige Arbeit zu verrichten, und wird ihnen für den Weg dahin und wieder zurück nichts zu gute gerechnet, wenn die Entfernung des Wohnorts von dem Arbeitsplatze nicht über 2 Stunden beträgt, in welchem Falle dann die Zahl der Arbeitsstunden sich um so viel vermindert, als jene Entfernung weiter ist, und die Sträflinge sich um so viel später des Morgens bei der Arbeit einfinden, oder um so viel früher des Abends dieselbe verlassen dürfen.

§. 3.

Die zur Verrichtung der den Sträflingen in den

Forsten oder auf öffentlichen Straßen und Plätzen anzuweisenden Arbeiten nöthigen gewöhnlichen Werkzeuge, als Spaten, Schaufeln, Aerte, Beile oder Spizhacken müssen, so wie es verlangt wird, von ihnen selbst mitgebracht werden, und nur, wenn andere Instrumente und Geräthschaften zu der vorzunehmenden Arbeit erforderlich seyn sollten, so sind solche denselben zu dem bestimmten Gebrauche zu liefern und nachher von ihnen gehörig zurückzugeben.

Sämmtliche Behörden und Einwohner des Landes, welche es angeht, haben sich nach den Bestimmungen der gegenwärtigen Declaration genau zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, am 4ten December 1822.

(L. S.)

Auf Allerhöchsten Special = Befehl.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt = Phiseldack.

v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 13.

D. D. Braunschweig, den 24ten December 1822.

- (15.) Bekanntmachung, daß zum Vorschein gekommene falsche hiesige Zehn-Thaler-Stück betreffend. D. D. Braunschweig, den 17ten December 1822.

Nach einer Uns zugegangenen Benachrichtigung ist zu Nordhausen ein geprägtes falsches hiesiges Zehn-Thaler-Stück zum Vorschein gekommen, welches mit der Jahrzahl 1800 versehen und den ächten Münzen dieser Art sehr täuschend nachgebildet ist. Die damit vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß dasselbe inwendig, im Kern, aus Silber besteht, und auf die Weise fabricirt ist, daß eine Silberplatte in einen goldenen nicht schmalen Ring eingefügt und dieselbe auf beiden Seiten mit dünnen Goldplättchen belegt worden, so daß weder der Strich, noch selbst das Befälen des Randes den Kern verrathen. Hauptsächlich unterscheidet sich diese falsche Münze von der ächten dadurch, daß sie eine beträchtlichere Dicke und dessen ungeachtet ein Mindergewicht von 5 Pf hat, außerdem aber auch

- 1.) durch die reine Goldfarbe, welche von derjenigen der ächten legirten Goldstücke merklich abweicht;
- 2.) durch einen etwas klappernden Klang, welcher sich bei ächten Goldstücken nur dann vorfindet, wenn sie einen versteckten Riß oder Splitter haben;
- 3.) durch die Gravirung. Sie ist auf der Wappenseite bemerkbar flacher im Ganzen. Die Krone hat eine breitere und gedrücktere Form. Die Kugel darunter ruht nicht auf einem erhabenen Vierecke, sondern wird bloß von zwei scharfen senkrechten Strichen eingefast. Die Festsans neben dem Wappenschild haben einen auffallend anderen Schnitt und Character und die über der Krone befindlichen Buchstaben S. und C. stehen ungleich weiter auseinander, als auf den ächten Zehn-Thaler-Stücken vom Jahre 1800. Auf der Rehrseite ist der dicke Strich des X frumm, das Wort „THALER“ hat zu kurze und dadurch dicke Schrift; die Jahrzahl 1800 ist dagegen, so wie auch das Münzzeichen M. C. zu groß. In der Umschrift ist besonders das G. auffallend anders gebildet, auch das S. und die Schlußrosette viel zu groß, so wie denn auch die beiden Buchstaben D. G. über der X weiter, als wie auf den ächten Zehn-Thaler-Stücken, auseinander stehen.

Der Werth des falschen Zehn-Thaler-Stücks an

Gold und Silber ist auf etwa 5 Thlr. 9 Ggr.
Conventions-Münze ausgemittelt.

Da zu vermuthen steht, daß von dieser falschen
Münze noch mehrere im Umlaufe seyn möchten, so wird
das Publikum auf dieselbe hiedurch ganz besonders auf-
merksam gemacht und vor deren Annahme gewarnt.

Braunschweig, den 17ten December 1822.

Fürstlich Braunschweig = Lüneburgisches
Geheime = Rath = Collegium.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt = Phiseldorff. v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 14.

D. D. Braunschweig, den 31sten December 1822.

(16.) Verordnung, die nochmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend. Braunschweig, den 27sten December 1822.

Wir **GEORG** der Vierte, von Gottes Gnaden König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Da Rücksichten, welche zu beseitigen bislang nicht thunlich gewesen ist, die abermalige Prolongation der zuletzt durch Unsere Verordnung vom 12ten December, v. J. bis zum 31sten December d. J. verlängerten Frist zur Anmeldung der hypothekarischen Rechte erforderlich machen, so wollen Wir die gedachte Frist hiedurch noch auf Ein Jahr, also bis zum 31sten December 1823,

M. d. d.

erstrecken, und sollen dem gemäß die vor dem 1sten Januar 1824 vorschriftsmäßig angemeldeten Hypotheken die ihnen gebührende Rangordnung behalten, der Rang aller nachher angemeldeten Hypotheken aber sich nach dem Zeitpunkte der geschehenen Eintragung richten.

Uebrigens hat es in Ansehung der gesetzlichen und stillschweigenden Hypotheken und der, der Landesherrschaft oder den öffentlichen Cassen zustehenden Forderungen wiederum bei den wegen selbiger in der Verordnung vom 23sten Mai 1814 enthaltenen Bestimmungen sein Verbleiben.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 27sten December 1822.



Auf Allerhöchsten Special-Befehl.

Graf v. Alvensleben.

v. Schmidt-Phiseldorf.

v. Schleinitz.

